

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich Umwelt und Technik	Datum 18.07.2002
	Schriftführer Hans-Jörg Fedder
	Telefon-Nr. 02202/141382
Niederschrift	
Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr	Sitzung am Donnerstag, 11. Juli 2002
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratsaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 19:35 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnungspunkt	
Inhalt	

- A Öffentlicher Teil**
1. **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Stadtverordneter, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
Seite 4
 2. **Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am**
 - a. 10.04.2002 - öffentlicher Teil
 - b. 15.05.2002 – öffentlicher Teil*Seite 4*
 3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 15.05.2002 - öffentlicher Teil**
418/2002 *Seite 4*
 4. **Mitteilungen des Vorsitzenden** *Seite 4*
 5. **Mitteilungen der Bürgermeisterin**
hier: Eingabe der SPD-Fraktion vom 11.04.2002 zur Zone 30 "In der Auen/Beningsfeld"
405/2002 *Seite 5*
 6. **Produktkritik "Kein Neubau/Umbau von Grünanlagen"**

- 414/2002 *Seiten 5 ff*
7. **Systembeschreibung für die Sammlung von Verkaufsverpackungen durch die DSD AG**
417/2002 *Seiten 7 f*
8. **Geplante Unterschutzstellung "Am Dickholz"**
416/2002 *Seiten 8 f*
9. **CityPLAN: Das Planspiel zur Nachhaltigen Stadtentwicklung im Internet**
231/2002 *Seiten 9 f*
10. **Umgestaltung der Hauptstraße zwischen Odenthaler Straße und Vollmühlenweg**
413/2002 *Seiten 10 f*
11. **Fußwegverbindung zwischen der Ernst-Reuter-Straße und der Straße Olefant**
411/2002 *Seite 11*
12. **Standardreduzierung Lichtsignalanlagen**
424/2002 *Seite 11*
13. **Antrag der SPD-Fraktion vom 23.05.2002 zum Einsatz des Erlöses aus der Durchführung eines "US-Cross-Border-Leasing"**
389/2002 *Seiten 11 ff*
14. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 25.06.2002 zur Prüfung der Solidität bestimmter Firmen**
425/2002 *Seite 13*
15. **Antrag der CDU-Fraktion vom 05.06.2002, eingegangen am 27.06.2002, zur Beleuchtung der Wegeverbindung zwischen den Straßen "Auf dem Kamm" und "In der Auen"**
432/2002 *Seiten 13 f*
16. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.06.2002 zur Einführung des Schülertickets an allen Schulen**
420/2002 *Seite 14*
17. **Anfragen der Ausschussmitglieder** *Seiten 14 ff*

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Stadtverordneter, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Kremer, eröffnet die 19. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr in der 6. Wahlperiode und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Frau Ryborsch bittet um Behandlung des Antrages Ihrer Fraktion vom 25.06.2002 zur Prüfung der Solidität bestimmter Firmen im öffentlichen Teil. Die Namen der Firmen, um die es der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ginge, seien der Öffentlichkeit bereits bekannt, so dass hier kein Interesse an einer Geheimhaltung bestehe. Auch gehe es hier nicht um ein Vertragsverhältnis oder ähnliches.

Herr Kremer sieht keine Bedenken gegen diese Vorgehensweise.

Herr Schmickler weist darauf hin, dass dieser Punkt aus reiner Vorsorge in den nichtöffentlichen Teil aufgenommen wurde.

Im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr bestand darüber Einvernehmen, diesen Antrag im Anschluss an Tagesordnungspunkt A 13 zu behandeln.

2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am

a. 10.04.2002 - öffentlicher Teil

b. 15.05.2002 – öffentlicher Teil

Herr Ziffus vermisst eine Äußerung Herrn Dr. Steffens, die dieser im Rahmen des Tagesordnungspunktes A 8: Geplantes Naturschutzgebiet „Gierather Wald“ in der Ausschusssitzung am 15.05.2002 gemacht habe. Herr Dr. Steffen habe darauf aufmerksam gemacht, dass nach seiner Ansicht die Bezirksregierung den Flächennutzungsplan und seine Auswirkungen nur im Abwägungsverfahren berücksichtigen müsse. Er bittet um Prüfung und entsprechende Ergänzung.

(Anmerkung des Schriftführers: Die von Herrn Ziffus angesprochene Äußerung Herrn Dr. Steffens wurde im wesentlichen so aufgenommen. Hierzu wird auf Seite 9 der Niederschrift über die Ausschusssitzung am 15.05.2002 verwiesen.)

Im übrigen werden beide Niederschriften genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 15.05.2002 - öffentlicher Teil

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen des Vorsitzenden

Es werden keine Mitteilungen vorgetragen.

5. **Mitteilungen der Bürgermeisterin**
hier: Eingabe der SPD-Fraktion vom 11.04.2002 zur Zone 30 "In der Auen/Be-
ningsfeld"

Herr Schmickler erläutert die Vorlage, die sodann zur Kenntnis genommen wird.

Mündliche Mitteilungen werden nicht vorgetragen.

6. **Produktkritik "Kein Neubau/Umbau von Grünanlagen"**

Herr Wolfgarten begrüßt die erzielten Einsparungen und schließt sich für die CDU-Fraktion den Empfehlungen der Vorlage an.

Frau Ryborsch sieht für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN Einsparungen bei Grünanlagen kritisch. Sie erinnert an die Diskussion um das Erscheinungsbild städtischer Grünanlagen. Gerade das Gelände Friedrich-Offermann-Straße müsse schnell hergestellt werden, da es sich um ein großes Wohngebiet handle. Die Umgestaltung an der Saaler Mühle wird von ihr begrüßt.

Herr Waldschmidt beantragt für die SPD-Fraktion getrennte Abstimmung der drei Vorschläge.

Zu Punkt 1 hätte er begrüßt, wenn das Mediterana als Nutznießer der Umgestaltung sich im Rahmen des Sponsoring an den Kosten beteiligt hätte. Er halte es für eine Schiefelage, das Umfeld des Mediterrana zu verschönern, aber andere Maßnahmen hinauszuzögern oder zurückzustellen. Daher spreche sich die SPD-Fraktion gegen die Sparmaßnahmen zu 1. und 2. aus. Zu 2. bittet er die Bekanntgabe der Stellungnahme des Jugendamtes. Sollte auf diese Grünanlage verzichtet werden, müsse die gesamte Zuwegung aus den Mitteln für den Kinderspielplatz finanziert werden. Dies würde zu einer erheblich reduzierten Ausstattung des Spielplatzes führen. Dies lehne seine Fraktion ab. Er beantrage daher zu diesem Punkt namentliche Abstimmung. Hinsichtlich des dritten Vorschlags schließe er sich einer Rückstellung an.

Herr Dr. Fischer ist ebenfalls der Meinung, dass sich die Verwaltung bei der Maßnahme zu 1. Um finanzielle Unterstützung hätte bemühen sollen. Ansonsten stimme die FDP-Fraktion den Einsparvorschlägen zu.

Frau Schu verweist zu Punkt 2. Auf andere erreichbare Grünflächen wie den Königsforst hin. Außerdem befänden sich Spielplätze und ein Bolzplatz in erreichbarer Nähe. Sie halte daher Einsparungen bei dieser Maßnahme für vertretbar.

Herr Ziffus erinnert an einen Vortrag des Produktbereiches Stadtgrün, wonach die private Grünpflege deutlich teurer sei als die Grünpflege durch die Stadt. Er vermisse einen Vorschlag, der Konsequenzen aus diesem Preisvergleich zieht.

Herr Schmickler erklärt, die Betreibergesellschaft des Mediterana habe sich durchaus an Maßnahmen auf städtischen Flächen beteiligt.

Hinsichtlich des Spielplatzes Friedrich-Offermann-Straße habe der Fachbereich 5 darauf hingewiesen, dass der Spielplatz aus dortiger Sicht eine wichtige Funktion habe. Er solle für ältere Kinder und Jugendliche ein Treffpunkt mit Schutzhütte sein. Für diese Altersgruppe bestünden in Bergisch Gladbach nur wenige informelle Treffpunkte. Die auch für Ballspiele geeignete Spielwiese stelle eine Alternative für

die Ballspielfläche Gerberweg dar. Hingewiesen werde auch auf die verdichtete Wohnbebauung im Wohnplatz Bockenbergr. Daher könne aus Sicht des Fachbereiches 5 auf den Spielplatz nicht verzichtet werden, auch eine Verzögerung sei nicht vertretbar. Konsequenz des vorgeschlagenen Beschlusses seien Überlegungen zur weiteren Gestaltung und Betreuung der Fläche.

Die pauschale Bewertung Herrn Ziffus' zum Kostenvergleich der Grünpflege sei nicht zutreffend, aber auch nicht Gegenstand der heutigen Sitzung.

Auf Anfrage Herrn Waldschmidts weist Herr Leuthe darauf hin, dass der Spielplatz mit 66.000 € im Wirtschaftsplan veranschlagt sei. Werde die Grünanlage nicht gebaut, müsse mit diesen Mitteln für den Spielplatz auch die Zuwegung gebaut werden. Wegen der Entfernung zur Wohnbebauung können u. U. Schutzhütte und Multifunktionsgerät nicht aufgestellt, sondern nur die Spielwiese errichtet werden.

Herr Schmickler erklärt auf Nachfrage Frau Ryborschs, dass die Schutzhütte errichtet werden soll. Diese Schutzhütte sei auch dem Fachbereich 5 sehr wichtig.

Frau Kreft bemängelt die zu wenig konkreten Ausführungen und erbittet deutliche Ausführungen.

Hierzu verweist Herr Sterzenbach darauf, dass eine Ausführungsplanung und daher eine genaue Kostenaufschätzung zu den einzelnen Bestandteilen der Maßnahme noch nicht vorliege.

Herr Ziffus beantragt zu Punkt 2, aus dem Einsparpotenzial zumindest den Weg zu finanzieren.

Herr Schmickler sieht Möglichkeiten, die für den Spielplatz zur Verfügung stehenden Mittel so umzuverteilen, dass auch eine einfache Erschließung und die Schutzhütte möglich sind. Dies werde im Rahmen der ohnehin erforderlichen Überplanung des Spielplatzes vorgesehen.

Herr Neuheuser spricht sich ebenfalls für die Errichtung der Schutzhütte aus. Gleichzeitig hält er es für erforderlich, bei einer Änderung der Planung des Spielplatzes einen neuen Beschluss des Jugendhilfeausschusses herbeizuführen.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgende

Beschlüsse: 1. (mehrheitlich mit elf Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion

gegen vier Stimmen der SPD-Fraktion bei zwei Enthaltungen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion KIDinitiative)

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr stimmt dem Vorschlag zu 1. Der Lenkungsgruppe wie in der Vorlage beschrieben zu.

2. (in namentlicher Abstimmung mehrheitlich mit elf Stimmen der CDU-

Fraktion und der FDP-Fraktion gegen sieben Stimmen der übrigen Fraktionen)

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr stimmt dem Vorschlag zu 2. Der Lenkungsgruppe wie in der Vorlage beschrieben mit der Maßgabe zu, dass aus dem Budget für den Spielplatz auch eine einfache Erschließung und eine Schutzhütte finanziert wird.

Es stimmten wie folgt:

Herr Dr. Fischer:	ja
Herr Jung:	ja
Herr Keppel:	ja
Herr Kierspel:	ja
Frau Kreft:	nein
Herr Kremer:	ja
Herr Müller:	nein
Herr Neuheuser:	nein
Frau Reudenbach:	ja
Frau Ryborsch:	nein
Herr Sacher:	ja
Herr Schneeloch:	nein
Frau Schu:	ja
Herr Sprenger:	ja
Herr Waldschmidt:	nein
Herr Willnecker:	ja
Herr Wolfgarten:	ja
Herr Ziffus:	nein

3. (einstimmig bei zwei Enthaltungen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr stimmt dem Vorschlag zu 3. Der Lenkungsgruppe wie in der Vorlage beschrieben zu.

7. **Systembeschreibung für die Sammlung von Verkaufsverpackungen durch die DSD AG**

Herr Waldschmidt erinnert an einen Bericht des Abfallwirtschaftsbetriebes, in dem dargestellt wird, dass in letzter Zeit die Fehleinwürfe in gelbe Säcke und insbesondere gelbe Tonnen überhand genommen hätten. Gemäß Systembeschreibung sollen bei den Leichtverpackungen noch 30% in den gelben Tonnen gesammelt werden. Gleichzeitig muss eine erhebliche Verringerung der Leichtverpackungen erreicht werden. Er möchte wissen, wie dies erreicht werden soll.

Herr Carl verweist darauf, dass die gegenwärtig vorhandenen gelben Tonnen beibehalten werden sollen. Dies sei durch die Quotelung, die aufgrund einer tatsächlichen Erhebung basiert, gewährleistet. Ansonsten bestehe nur die Möglichkeit, durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit vor Ort und stärkere Kontrollen die Zahl der Fehlwürfe zu senken.

Herr Dr. Fischer hält diese Antwort nicht für befriedigend und möchte wissen, wie sichergestellt werden soll, dass sich die Fehleinwürfe im Rahmen halten.

Herr Carl erklärt, dass oftmals auch ohne Wiegung allein durch Einsichtnahme Fehleinwürfe festgestellt werden können.

Frau Kreft fragt danach, wo die Reinigung der Wertstoffcontainer geregelt sei.

Hierzu verweist Herr Carl darauf, dass vorliegend die reine Systembeschreibung behandelt wird. Alle weiteren Vereinbarungen zur Standplatzgestaltung und der Behälterreinigung müssen in der eigentlichen Abstimmungsvereinbarung geregelt werden. Allerdings sehe er besonders hinsichtlich der Standplatzgestaltung nur geringe Einflussmöglichkeiten für Regelungen über eine Mustervereinbarung der kommunalen Spitzenverbände mit DSD hinaus.

Herr Wolfgarten ist der Auffassung, die Systembeschreibung sei deckungsgleich mit dem derzeitigen Ist-Zustand. Daher stimme die CDU-Fraktion der Vorlage zu.

Herr Ziffus erklärt, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN teile die Auffassung der Verwaltung, die bestehenden Sammelsysteme und -rhythmen hätten sich bewährt. Daher stimme seine Fraktion der Vorlage zu. Er sehe die Müllsammlung als eine Art Wareneingang an, der zumindest stichprobenartig kontrolliert werden müsse. Dies müsse auch der Ausschuss in der Öffentlichkeit vertreten.

Auf Nachfrage Frau Krefts erklärt Herr Carl, dass sowohl die EU als auch das Bundeskartellamt eine Ausschreibung zwingend vorschreiben. Die DSD AG müsse diese Ausschreibung im August veröffentlichen. Sie müsse die Eckdaten einer Leistungserbringung enthalten. Änderungswünsche der Gemeinden müssten daher ganz kurzfristig mitgeteilt werden. Nur bei der eigentlichen Abstimmungserklärung handele es sich dann um ein Vertragswerk. Sie solle nach den Vorstellungen der DSD AG mit den Gemeinden im Herbst abgeschlossen werden. Auftraggeber für die späteren Sammlungen sei dann DSD. Den Gemeinden falle die Rolle eines Dritten zu, dessen Interessen nach der Verpackungsverordnung zu berücksichtigen sind.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig bei vier Enthaltungen der SPD-Fraktion)

Der in den Erläuterungen dargestellten Systembeschreibung für die Sammlung von Verkaufsverpackungen durch die DSD AG ab 01.01.2004 wird zugestimmt.

8. Geplante Unterschutzstellung "Am Dickholz"

Herr Wolfgarten spricht sich für die CDU-Fraktion gegen eine Unterschutzstellung der Parzellen 220 und 221 aus.

Herr Ziffus begrüßt für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die vorgeschlagene Unterschutzstellung. Er bedauert, dass das südöstlich dieser Fläche gelegene Grundstück nicht sofort in die Unterschutzstellung hineingenommen wurde. Interessant sei gleichwohl die Bewertung der Frage, wo langfristig Schutzgebiete ausgewiesen werden könnten. Dafür könne es interessant sein zu wissen, inwieweit die Vorgaben des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes bindenden

Charakter hätten.

Herr Schmickler sieht die Kompliziertheit des Nebeneinanders eines (Vorhabenbezogenen) Bebauungsplanes und der Unterschutzstellung in der unterschiedlichen Zuständigkeit zweier Ausschüsse. Bei der Beratung des Bebauungsplanes sei eine breite Mehrheit dafür gewesen, bestimmte Flächen der Bebauung und andere Flächen dem Naturschutz zuzuführen. So sei auch beschlossen worden.

Der Flächennutzungsplan sei nicht parzellenscharf und dürfe auch nicht so angewendet werden. Als Beispiel sei die bereits anderweitig behandelte Straßentrasse anzuführen: Würde über diese Straßentrasse und den angrenzenden Wald ein Naturschutzgebiet gelegt, würde die Darstellung des Flächennutzungsplanes mit der Straßentrasse funktionslos. Dies bedeute einen Verstoß gegen den Flächennutzungsplan. Innerhalb einer großen Wohnbaufläche eine kleine Fläche als Naturschutzfläche auszuweisen, bedeute dagegen keinen Verstoß gegen den Flächennutzungsplan. In den Baugebieten gemäß FNP bestehe eine Vielzahl kleiner Grünflächen. Eine Änderung des FNP ist dann nicht erforderlich, weil nach der Rechtsprechung kleine Naturschutzgebiete innerhalb eines B-Planes als aus dem FNP entwickelt gelten. Die große Darstellung Wohnbaufläche wird in solchen Fällen nicht funktionslos.

Herr Neuheuser und Herr Dr. Fischer sprechen sich für die Unterschutzstellung aus.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgende

Beschlüsse: 1. (mehrheitlich mit zehn Stimmen der CDU-Fraktion gegen acht Stimmen der übrigen Fraktionen)

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird abgelehnt.

2. (mehrheitlich mit zehn Stimmen der CDU-Fraktion bei einer Enthaltung der FDP-Fraktion gegen sieben Stimmen der übrigen Fraktionen)

Auf Antrag der CDU-Fraktion stimmt die Stadt Bergisch Gladbach im Rahmen des Beteiligungsverfahrens der geplanten Unterschutzstellung der Waldfläche ‚Am Dickholz‘ (Parzellen Nr. 5266, Nr. 5267) zu.

9. **CitypLAN: Das Planspiel zur Nachhaltigen Stadtentwicklung im Internet**

Herr Mai erläutert die Vorlage.

Herr Waldschmidt begrüßt für die SPD-Fraktion das Vorhaben. Zur Finanzierung verweist er auf eine Vorlage zur letzten Sitzung des Hauptausschusses, mit der 10.000,-€ aus GFG-Mitteln für dieses Spiel beantragt wurden. Dies widerspreche der Information, dass das Spiel praktisch schon bezahlt sei.

Hierzu erklärt Herr Mai, dass die genannten GFG-Mittel zum einen für die Eine-Welt-Arbeit, aber auch explizit für die Lokale-Agenda-Arbeit zur Verfügung gestellt würden. Der Ansatz habe den Titel „Veranstaltungs- und Sachkosten“, was im weitesten Sinne unter Öffentlichkeitsarbeit zu fassen sei. Die technische Entwicklung eines solchen Spieles falle jedoch nicht darunter. Einen Widerspruch zu seinem Vortrag bestehe nicht. Das im Hauptausschuss bewilligte Geld werde für eine

Verbesserung der Idee gebraucht.

Frau Schu bedankt sich namens der CDU-Fraktion ebenfalls, kritisiert aber die Bezeichnung als Spiel.

Herr Mai erklärt, dass die Bezeichnung als Spiel bewusst gewählt wurde, um einen größeren Personenkreis anzusprechen.

Herr Ziffus begrüßt für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN das Spiel und begründet die inhaltliche Diskussion seiner Fraktion über die Form dieses Spieles. Einen guten Ansatzpunkt dieses Spieles sieht er in der fortschreitenden Urbanisierung und insbesondere in der Entwicklung der Mittelstädte. Dies führe teilweise zu starken Anonymisierungen.

Herr Neuheuser sieht dieses Spiel für die Fraktion KIDinitiative ebenfalls als positiv an. Er teilt die Ansicht Herrn Mais, dass das Layout noch zu verbessern sei und schlägt vor, Kontakt zu Jugendeinrichtungen und –verbänden aufzunehmen. Wichtig sei seiner Fraktion auch, dass sich verschiedene Gruppen an dem Spiel beteiligen könnten.

10. Umgestaltung der Hauptstraße zwischen Odenthaler Straße und Vollmühlenweg

Herr Wolfgarten findet die Ausarbeitung sehr gut. Für die Rechtsabbiegespur aus dem Vollmühlenweg in die Hauptstraße würde die Stadt auf Gelände zurückgreifen, das von der Bevölkerung an einigen Tagen im Jahr für andere Zwecke benötigt wird. Er bittet darum, in diesen Fällen die Rechtsabbiegespur zu sperren. Dies solle den Betroffenen auch mitgeteilt werden.

Herr Wolfgarten weist darauf hin, dass zur Erreichung der erforderlichen Straßenbreite nur noch Längsparken möglich ist. Dadurch würden sehr viele Parkplätze wegfallen. Er bitte um Prüfung vor Beginn der Baumaßnahme, ob nicht doch an einigen Stellen Schrägparken möglich sei. Grundsätzlich folge die CDU-Fraktion jedoch dem Verwaltungsvorschlag und erhoffe sich eine zügige Umsetzung.

Herr Ziffus erklärt, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN halte die Planung im wesentlichen für richtig. Er möchte jedoch wissen, in welcher Weise der Radverkehr berücksichtigt wurde. Es handele sich hier um eine zentrale Einfallsschneise für den Radverkehr. Im Bereich der höheren Häuser gegenüber der Ferrenbergstraße könne durchaus eine gewisse Verbreiterung der rechten Spur erfolgen.

Weiterhin möchte er wissen, ob auf dem relativ breiten Fußwegstreifen eine Art Allee angelegt werden können, um dort eine relativ angenehme Platzgestaltung zu erreichen. Im Hinblick auf die Gestaltung der Locher Mühle und der vorhandenen Hochhäuser sehe er in einer solchen Maßnahme einen städtebaulichen Gewinn.

Herr Dr. Fischer befürchtet durch einen Wegfall der Parkplätze am Platz gegenüber der Ferrenbergstraße Nachteile für die dort ansässigen Geschäfte. Die FDP-Fraktion bitte ebenfalls um Prüfung, ob die Zahl der wegfallenden Stellplätze nicht verringert werden könne.

Herr Waldschmidt begrüßt für die SPD-Fraktion die vorgelegte Planung ebenfalls im wesentlichen. Er gehe davon aus, dass es hier jedoch noch nicht um einen Maßnahmebeschluss gehe, sondern vielmehr um den zu stellenden Förderantrag. Bei einer Ablehnung dieses Förderantrages müsse sich die Stadt allerdings Gedanken um

eine abgespeckte Version machen.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss begrüßt die Umgestaltung der Hauptstraße entsprechend der vorgestellten Planung und beauftragt die Verwaltung, einen Förderantrag für diese Maßnahme bei der Bezirksregierung zu stellen.
Die gestellten Prüfaufträge sind Bestandteil dieses Beschlusses.

11. Fußwegverbindung zwischen der Ernst-Reuter-Straße und der Straße Olefant

Frau Ryborsch verweist auf die rege Nutzung dieses Weges. Sie bittet um Prüfung, ob das Betonmüerchen der Firma Musculus zwischen deren Grundstück und dem Weg rechtmäßig errichtet wurde. Die Mauer mache es für Radfahrer unmöglich, auf den Weg zu gelangen. Der Zugang von der Ernst-Reuter-Straße solle verbessert werden.

12. Standardreduzierung Lichtsignalanlagen

Herr Wolfgarten lehnt die Vorlage ab. Es sei Sache der Verwaltung, in Zusammenarbeit mit der Polizei zu prüfen, ob eine Lichtsignalanlage im Einzelfall absolut entbehrlich sei. Er regt an, ob bestimmte Fußgängerampeln zu bestimmten Tages- oder Nachtzeiten abgeschaltet werden können.

Frau Ryborsch, Herr Dr. Fischer und Herr Waldschmidt schließen sich dieser Haltung an. Herr Dr. Fischer verweist insbesondere auf die Ampel Saaler Straße/Karl-Philipp-Straße, die der Schulwegsicherung dient. An dieser Strecke gebe es sonst keine Querungsmöglichkeit. Die Verwaltung möge prüfen, ob alle Schulwegsicherungen von der gleichen Gewichtung seien.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird abgelehnt.

13. Antrag der SPD-Fraktion vom 23.05.2002 zum Einsatz des Erlöses aus der Durchführung eines "US-Cross-Border-Leasing"

Herr Waldschmidt erläutert die Auffassung der SPD-Fraktion, dass eventuelle Erlöse den Gebührenzahlern zugute kommen sollten. Er beantragt namentliche Abstimmung über die Frage der grundsätzlichen Entscheidung der Verwendung der Erlöse.

Herr Kierspel weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion geschlossen gegen die Erzielung von Erlösen im Rahmen eines US-Cross-Border-Leasings gestimmt habe. Es sei nicht nachvollziehbar, die Erzielung von Einnahmen abzulehnen, dieses Geld aber dann verteilen zu wollen.

Frau Ryborsch erklärt, die ihr bekannte Rechtsprechung verlange ausnahmslos, im Rahmen des Cross-Border-Leasings erzielte Erlöse den Gebührenzahlern zukommen

zu lassen. Daher könne ihre Fraktion dem vorliegenden Antrag zustimmen.

Herr Neuheuser hält es für sinnvoll, über die Verwendung der Erlöse erst zu entscheiden, wenn deren Eingang feststehe. Seine Fraktion werde sich der Stimme enthalten.

Herr Dr. Fischer erinnert daran, dass die FDP-Fraktion das Cross-Border-Leasing ablehne; er sehe sich in seiner Auffassung durch die jüngsten Veröffentlichungen bestätigt. Sollte sich die Auffassung Frau Ryborschs als Rechtslage bestätigen, sei die ganze Diskussion um die Verwendung der Erlöse ohnehin überflüssig. Als primäres Ziel der CDU-Fraktion habe er eine Entlastung des Gesamthaushaltes verstanden. Sollte dies unzulässig sein, sei das gesamte Verfahren überflüssig. Über eine Verwendung der Erlöse jetzt schon zu befinden, halte seine Fraktion für verfrüht; sie lehne den Antrag der SPD-Fraktion daher ab.

Herr Jung schließt sich der letztgenannten Auffassung Herrn Dr. Fischers an.

Herr Ziffus hält es durchaus für sinnvoll, über die Verwendung des Geldes nachzudenken. Motivation der Stadt bei diesem Verfahren sei schließlich eine Verbesserung der Haushaltslage. Sei dies nicht möglich, stelle sich die Frage, was die Stadt dann mit dem Geld mache.

Sodann möchte er wissen, ob das Abwasserwerk gleichzeitig in den USA und Deutschland abgeschrieben werden könnten.

Herr Schneeloch bemängelt, dass ein dem CBL kritisch gegenüberstehender Aufsatz der Vorlage nicht beigelegt ist. Er bittet darum, dies nachzuholen.

Herr Sterzenbach sagt dies zu, obwohl die Argumentation dieses Aufsatzes nicht ganz zutreffend sei. Weiterhin erklärt Herr Sterzenbach, dass eine gleichzeitige Abschreibung in den USA und Deutschland zulässig sei. Nach deutschem Kommunalabgabenrecht erfolge eine Abschreibung auf die Substanz. Die Steuervorteile des US-Investors würden darauf beruhen, dass der Investor nach US-Recht das wirtschaftliche Eigentum sowie eine Betriebsgarantie gegenüber den US-Finanzbehörden übernehme. Daraus würden die dortigen Steuervorteile resultieren.

Auf Anfrage Herrn Dr. Fischers erklärt Herr Sterzenbach, dass das (wirtschaftliche) Eigentum im angelsächsischen Recht anders definiert wird als im deutschen Recht. Nach deutschem Sachenrecht bleibt die Anlage im Besitz und Eigentum der Stadt Bergisch Gladbach. Nach amerikanischem Finanzrecht liegt das wirtschaftliche Eigentum dort. Kernpunkt sei, die abzuschließenden Verträge immer als Einheit zu sehen.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst in namentlicher Abstimmung folgenden

Beschluss: (mehrheitlich mit elf Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen sechs Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN bei einer Enthaltung der Fraktion KIDinitiative)

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 23.05.2002 zum Einsatz des Erlöses aus der Durchführung eines „US-Cross-Border-Leasings“ wird abgelehnt.

Es stimmten wie folgt:

Herr Dr. Fischer:	nein
Herr Jung:	nein
Herr Keppel:	nein
Herr Kierspel:	nein
Frau Kreft:	ja
Herr Kremer:	nein
Herr Müller:	ja
Herr Neuheuser:	Enthaltung
Freu Reudenbach:	nein
Frau Ryborsch:	ja
Herr Sacher:	nein
Herr Schneeloch:	ja
Frau Schu:	nein
Herr Sprenger:	nein
Herr Waldschmidt:	ja
Herr Willnecker:	nein
Herr Wolfgarten:	nein
Herr Ziffus:	ja

14. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 25.06.2002 zur Prüfung der Solidität bestimmter Firmen**

Frau Ryborsch begründet den Antrag ihrer Fraktion.

Herr Sterzenbach erläutert, welche verschiedenen Firmen den Namensbestandteil „Babcock“ tragen. Weiterhin weist er darauf hin, dass spätere Verträge nur nach sorgfältiger Auswahl der Vertragspartner abgeschlossen werden. Sollte dennoch die Solidität eines ausgewählten Kreditinstitutes unter einen bestimmten Schwellenwert fallen, stehe der Stadt ein Austauschrecht zu.

Herr Kierspel verweist darauf, dass dieses Thema in seiner Größenordnung eine Ausnahme darstellt. Daher halte er es für wünschenswert, wenn die Verwaltung in jeder Sitzung einen kurzen Überblick über den Sachstand gibt.

Herr Kremer greift diese Anregung auf und hält eine Behandlung jeweils im nichtöffentlichen Teil für wünschenswert.

15. **Antrag der CDU-Fraktion vom 05.06.2002, eingegangen am 27.06.2002, zur Beleuchtung der Wegeverbindung zwischen den Straßen "Auf dem Kamm" und "In der Auen"**

Herr Wolfgarten begrüßt den Vorschlag der Verwaltung, nicht benötigte Flächen zu verkaufen und hofft, aus den Verkaufserlösen die Beleuchtung finanzieren zu können.

Her Neuheuser schließt sich dem an unter der Maßgabe, dass Verkaufserlöse nicht zur Finanzierung der Beleuchtung, sondern für die Reduzierung der Zuschüsse an den Betrieb „Verkehrsflächen“ verwandt würden.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Dem Antrag der CDU-Fraktion wird mit der von der Verwaltung dargestellten Vorgehensweise zugestimmt.

16. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.06.2002 zur Einführung des Schülertickets an allen Schulen

Frau Ryborsch verweist auf die Behandlung im Hauptausschuss und akzeptiert die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Der Antrag ist erledigt.

17. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Waldschmidt:

1. Der Vertrag zum Cross-Border-Leasing sieht ein bestimmtes Wertvolumen vor, das für 99 Jahre, kündbar nach 24 Jahren, festgeschrieben wird. Nun ist eine andere Entsorgung des Regenwassers bereits beschlossen. Nach der Umsetzung dieses Beschlusses sind die Regenwasserkanäle überdimensioniert. Eine entsprechende Reduzierung würde zu einer entsprechenden Reduzierung des Wertvolumens führen. Dies wiederum wäre für den Vertragspartner ein Kündigungsgrund mit der Möglichkeit erheblicher Schadensersatzforderungen gegen die Stadt. Ist dieses Problem der Verwaltung bekannt? Wenn ja, wie wird das seitens der Verwaltung eingeschätzt?

Herr Sterzenbach erklärt, das Problem betreffe die strategische und operative Flexibilität. In solchen Verträgen würde vorgesehen, dass solche Änderungen nach Vertragsabschluß keinen Einfluss hätten. Die Bewertung sei dann bereits abgeschlossen und die Zahlungen seien erfolgt.

Er halte es für sinnvoll, das System als homogene Einheit zu betrachten und so in das Leasinggeschäft einzubringen. Entscheidender Punkt sei, ob das gesamte System, wie es in den Vertrag eingebracht wurde, erhalten bleibt oder nicht. Die Frage einer Unter- oder Überdimensionierung einzelner Strecken oder Teilsysteme sei für den Vertrag nicht von Bedeutung und auch ohne durchschlagende Bedeutung für den US-Investor. Zudem könne er für die Verwaltung die pauschale Behauptung, die Regenwasserkanäle seien nach der Umstellung des Gebührenmaßstabes überdimensioniert, so nicht teilen. Selbst wenn dem so sei, sei es kaum wirtschaftlich, solche Kanäle zu entfernen.

Das angesprochene Problem sei bekannt. Wie wiederholt erläutert, wird die Verwaltung größtmögliches Augenmerk auf die operative und strategische Flexibilität legen.

2. In der Laurentiusstraße ist vor der Tiefgarage immer noch die provisorische Einengung, zu der ich bereits im letzten Jahr eine Anfrage gestellt habe. Damals wurde mir gesagt, das Provisorium sollte im Frühjahr diesen Jahres zu einer endgültigen Regelung führen. Dies ist bislang nicht geschehen. Abgesehen davon, dass dies optisch keinen guten Eindruck macht, halte ich dies auch für die Verkehrsteilnehmer nicht für unproblematisch.

Weiterhin ist auch die Einbahnstraßenregelung in Richtung Parkhaus unglücklich. Ortsfremde, die von oben in die Straße hineinfahren und dann in die entgegengesetzte Einbahnstraße nicht weiterfahren dürfen, wissen oft nicht, was sie machen sollen. Einige fahren dann einfach durch.

Ist das Problem bekannt? Wie kann man dies ändern? Wie kann man insbesondere kenntlich machen, das dort nicht weitergefahren werden darf?

Herr Hardt gibt zu, dass das Provisorium bereits im Frühjahr durch den städtischen Bauhof beseitigt werden sollte. Dies musste jedoch wegen anderer dringender Maßnahmen immer wieder verschoben werden. Er hoffe jedoch auf eine endgültige Herstellung noch in diesem Monat.

Herr Marx verweist auf die vorhandene Beschilderung „Sackgasse“ und „Verbot einer Einfahrt“. Das letztgenannte Schild sei dort insgesamt vier mal vorhanden. Eine weitere Beschilderung sei nicht mehr vertretbar.

Frau Kreft:

Die Straße Wingertsheide verläuft in einer langgestreckten Kurve vor der Kreuzung Wickenpfädchen/Friesenstraße. In dieser Kurve ist nur jede zweite Laterne in Betrieb. Dies ist besonders gefährlich, weil die Straße auch aufgrund des Baumbestandes ohnehin sehr dunkel und außerdem recht eng ist.

Herr Hardt weist darauf hin, dass die Leuchten im Stadtgebiet nicht grundsätzlich und regelmäßig kontrolliert werden. Er bittet darum, schadhafte Leuchten der Belkaw, Telefon 02202/16-266, unter Angabe der Straße und der Leuchtennummer zu melden. In der Regel würden die Leuchten am darauffolgenden Freitag repariert.

Herr Ziffus:

1. In der Buchmühlenstraße sind abzweigend von der Laurentiusstraße zwei neue Leuchten installiert worden. Ab 23.00 Uhr sind diese Leuchten wie der gesamte innere Buchmühlenparkplatzbereich abgeschaltet. Diese Beleuchtung diene auch der Steigerung der Attraktivität des neuen Parkhauses. Kann man dies ändern?

Herr Hardt erklärt, in diesem Fall könne nur ein Schaltfehler des Vorschaltgerätes vorliegen. Es war beabsichtigt, die Beleuchtung durchgängig brennen zu lassen. Er sage aber eine Klärung und eine durchgehende Beleuchtung zu.

2. Wenn man die Laurentiusstraße herunterfährt, ist es nachvollziehbar, dass Autofahrer am Linksabbiegen in den Bereich Buchmühle gehindert werden sollen. Muss dies auch für Radfahrer gelten? Es gibt genug Möglichkeiten der Öffnung von Einbahnstraßen für Radfahrer. Die Öffnung dieses kurzen Stückes stellt keine unzumutbare Verschlechterung der Verkehrssituation dar.

Herr Marx erklärt, vor einer endgültigen Antwort seien Messungen der Fahrbahnbreiten sowie eine Abfrage der Unfallzahlen bei der Polizei erforderlich. Nach dieser Prüfung erfolge eine schriftliche Antwort.

3. Ich habe schon vor einiger Zeit immer wieder mal gegen Einbauten an unseren Gewässern argumentiert. Die Errichtung immer weiterer Hochbauten führt zu

zunehmenden Probleme mit Hochwasser. Was ist eigentlich aus den immer wieder aufgeführten Fällen geworden? In einem Fall wurde am Saalermühlenbach eine Mauer direkt in den Bach gebaut. Gibt es in solchen Fällen konkrete Ergebnisse bei der Entfernung solcher Einbauten?

Herr Sterzenbach erklärt, dass nach Feststellung solcher gesetzwidriger Einbauten zunächst das Gespräch mit dem jeweiligen Anlieger gesucht werde. Zeige dieser keine Einsicht, werde die Untere Wasserbehörde eingeschaltet. Diese sei zuständige Behörde hinsichtlich der zwangsweisen Entfernung solcher Bauten, was aber oft ein schwieriges oder langwieriges Verfahren bedeute.

Frau Ryborsch:

1. Ist es möglich, das Reststück der Einbahnstraße Kaule für die Radfahrer zu öffnen?
2. Wann kann der Ausschuss den Namen des Konzerns, der für das US-Cross-Border-Leasing Interesse hat, erfahren?
3. Was wird aus der Fahrradstation, die wir am S-Bahnhof schon lange angedacht und gewünscht haben?

Herr Dr. Fischer:

1. Folgt die Verwaltung der Einschätzung von Nutzern der Saaler Straße und der Graf-Adolf-Straße, dass wegen des Parkdrucks dort in unbilliger Art und Weise zum Teil wild und auch verkehrswidrig bzw. –gefährdend geparkt wird? Ich meine auf der Saaler Straße den Bereich der Kurve vor der Buddestraße und auf der Graf-Adolf-Straße den Bereich außerhalb der eingezeichneten Parktaschen.

Herr Marx gibt zu, dass es sich hier teilweise in der Tat um eine kritische Situation handelt. Die Schwierigkeiten in der Graf-Adolf-Straße sind zum Teil auf die Wirtschaftsschule Küster zurückzuführen. Eine Prüfung wird zugesagt.

2. Warum sind auf der Ferdinand-Schmitz-Straße Parktaschen eingezeichnet und auf dem Neuenweg nicht? Das ist ja die Verlängerung. Aus dem Neuenweg ist die Klage gekommen, dass es dort wegen der nicht eingezeichneten Parktaschen zu Schwierigkeiten bzw. Unfallgefährdungen kommt.

Auch hierzu sagt Herr Marx hinsichtlich der Anlegung von Parkmarkierungen eine Prüfung zu. Im Neuenweg gab es, als die Maßnahme Ferdinand-Schmitz-Straße durchgeführt wurde, keine parkenden Fahrzeuge. Durch verschieden Neubauten und einen Generationswechsel hat sich hier ein ganz neues Bild ergeben.

3. Die Abfallfibel ist herausgekommen. Warum erscheint sie im Sommer? Können Änderungen besonders gekennzeichnet werden? Dann könnten sich Nutzer auf die geänderten Teile konzentrieren und müssten nicht wieder die ganze Fibel lesen.

Herr Sacher:

1. In Herkenrath befindet sich an der Straße Straßen ein Spar-Markt, der seine

Hauptparkflächen hinter dem Gebäude hat. Vor dem Gebäude geht ein Radweg vorbei. Auf dem Bürgersteig parken Autos, die den Bürgersteig sperren oder die Radfahrer behindern. Was kann man hier unternehmen, dass die Radfahrer hier nicht mehr behindert werden?

Herr Hardt teilt mit, dass das Problem der Verwaltung bekannt sei und seit etwa einem Jahr durch Schriftverkehr bearbeitet werde. Es gibt mehrere Zusagen Herrn Petzolds, in dieser Sache tätig zu werden. Die Verwaltung hat auch Lösungsvorschläge unterbreitet. Wegen der derzeit schwachen Besetzung ist leider der Einsatz von Politessen nicht gelungen. Es wurde eine letzte Frist gesetzt, da das Problem insbesondere zu Schulanfangszeiten auftritt.

2. Gilt für die Verwaltung das gleiche Recht wie für den Bürger? Ich habe Anfragen von Bürgern bekommen, die sagen, dass die Stadt vier Jahre lang zu wenig berechnete Gebühren für den Sommer- oder Winterdienst nachfordern darf. Gilt das Recht auch für Bürger, wenn die Stadt zu hohe Gebühren berechnet hat?

Herr Wolfgarten:

In der Sander Straße kommt es immer wieder zu problematischen Situationen, insbesondere wenn sich Busse und Lkws im Bereich parkender Fahrzeuge treffen. Teilweise müssen die Fahrzeuge auf die Gehwege ausweichen, um überhaupt vorwärts zu kommen. Kann die Verwaltung überprüfen, mit welchen Möglichkeiten die Parksituation auf der Sander Straße verbessert werden könnte?

Herr Keppel:

1. In Höhe der Häuser Hauptstraße 42 und 46 sind seit Februar bzw. März zwei Leuchten durch einen Unfall außer Betrieb. Vier Monate sind für eine Reparatur zu lang.
2. Die Warnanlage für Fußgänger in der Dechanat-Müller-Straße wurde zwar installiert, aber seit Monaten nicht angeschlossen. Warum?

Herr Sprenger:

1. Die Fahrbahndecker der Frankenforster Straße in Höhe der Firma Rowa-Wagner stadteinwärts ist defekt. Straßenbaulastträger ist der Landschaftsverband Rheinland. Kann die Verwaltung nachfragen, ob diese defekte Fahrbahndecke erneuert werden kann?
2. An der Frankenforster Straße in Höhe der Firma Rowa-Wagner finden dort gerade am Wochenende fast regelmäßig private Automärkte statt. Wie denkt die Verwaltung darüber?

Der Vorsitzende, Herr Kremer, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.31 Uhr.

(Kremer)
Vorsitzender

(Fedder)
Schriftführe